

werden solle. Unterstützung bekam Bernrath von FDP-Fraktionschef Hermann Otto Solms.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Hermann Lutz, wiederum appellierte an die Länder, aus bestehenden Sondereinsatzkommandos (SEK) und Mobilien Einsatzkommandos (MEK) eine Spezialtruppe zu bilden. Eine Sondereinheit, spekulierte die *Frankfurter Allgemeine*, „könnte sich einen Ruf wie Donnerhall erwerben“.

Doch der Ruf ähnlicher Greiftrupps ist längst lädiert. In Berlin war die 1987 zusammengestellte „Einheit für besondere Lagen und einsatzbezogenes Training“, die auch gegen Atomkraftgegner im bayerischen Wackersdorf eingesetzt worden war, 1989 wieder abgeschafft worden. Die Truppe (Demonstranten-Spott: „Crash & Carry“) hatte vor allem durch brutale Übergriffe, auch auf Polizeibeamte anderer Einheiten, von sich reden gemacht. „Wir brauchen keine

von außen eingeflogenen Rambos“, wehrte sich Dirk Reimers, Staatsrat in der Hamburger Innenbehörde, gegen die Elitetruppen-Pläne.

Protest auch aus dem Osten: „Die sollen erst mal die Landespolizei in den neuen Bundesländern ordentlich ausrüsten“, kommentiert Uwe Brunzendorf von der Brandenburger Bereitschaftspolizei in Cottbus die Bonner Pläne.

In welch desolatem Zustand die Polizei im Osten noch immer ist, zeigte sich bei den Rostocker Krawallen. Schlecht geführt, mit brüchigen Helmen, undurchsichtigen Schilden und ohne Beinschutz wurde die Ost-Ordnungsmacht in den Steinhagel geschickt.

Auch die von Lutz für den Aufbau einer Sondertruppe vorausgesetzten SEK- und MEK-Einheiten sind in den neuen Bundesländern noch im Aufbau. In Thüringen gibt es sie überhaupt noch nicht. In Rostock operierten zwar auch Mannen der landeseigenen MEK-Trup-

pe gegen die Krawallmacher, doch Erfolge waren kaum auszumachen.

Ähnlich jämmerlich ist die Lage des Verfassungsschutzes. Verdeckte Ermittlungen, räumt der Erfurter Verfassungsschutz-Chef Harm Winkler ein, seien aus Personalmangel gar nicht möglich. Informanten unter den Rechtsextremen im Osten gibt es kaum irgendwo.

In Mecklenburg-Vorpommern sind die 62 Verfassungsschützer bisher nur in Schwerin konzentriert. In Sachsen und Brandenburg gibt es überhaupt noch kein Verfassungsschutzgesetz.

Die sächsische Polizei hat seit Sommer vergangenen Jahres immerhin eine Sonderkommission für Rechtsextremismus, die „Soko Rex“. Mitläufer, weiß der Chef des Landeskriminalamtes und Soko-Initiator Peter Raisch, seien durch einen Hausbesuch seiner Leute zu beeindrucken. Raisch: „Viele sind schon nach einer Wohnungsdurchsuchung re-socialisiert.“

## „Sinti und Roma nach Bonn“

Der Asylstreit um die größte Gruppe ausländischer Zuwanderer

**D**ie Bürger der Bischofsstadt Hildesheim hatten etwas zu bestaunen. Wie vom Himmel gefallen war exotischer Zuzug aufgetaucht – eine dunkelhäutige Sippe, „Tateren“, wie der Stadtschreiber vermerkte, deren Papiere „up der Scriverie“ geprüft wurden und denen ein Willkommenstrunk entboten wurde. Das war im Jahr 1407.

Fast sechs Jahrhunderte nach dem erstmals beurkundeten Erscheinen von Zigeunern in Deutschland ist in Hildesheimer Bürgerversammlungen „die Hölle los“, wie Sozialdezernent Gunther von Hinüber, 54, berichtet. Zu Dutzenden fahren in diesen Wochen wieder die Dunkelhäutigen in die Stadt ein, bitten um Asyl, manche ziehen bettelnd durch die Straßen. Willkommen heißt sie diesmal niemand.

„Gefährliche Reaktionen“ in der Hildesheimer Bevölkerung registriert statt dessen Sozialarbeiter Herbert Bretz, 40. Selbst andere wenig geschätzte Zuwanderer aus Somalia, Äthiopien oder Afghanistan, so beobachtete der Beamte Bretz, rangierten im Ansehen der Bevölkerung noch über den fahrenden Leuten – allesamt Zigeuner aus Rumänien, also Roma, wie sie sich nennen.

Die festen Wohnheime für Asylsuchende sind auch in Hildesheim längst belegt. Und so waren die Stadtpolitiker froh über einen „ganz glücklichen Platz, wo wir sie unterbringen, wo sie nicht so in Erscheinung treten“ (Bretz) – abseits am Schützenplatz, in einem Container-



Gestoppte Rumänen an der deutsch-polnischen Grenze bei Görzitz: „Sozial und



Asylbewerber vor einem Wohnheim in Cottbus: Ende der Zigeunerromantik



wirtschaftlich ausweglose Situation"

Dorf für derzeit knapp 300 Einwanderer vom Balkan, die nun „nicht so in Kontakt mit der Bevölkerung kommen“.

Hildesheim ist überall: Mehr denn je in den letzten Jahren entzündet sich zur Zeit der Unwille von Einheimischen am Auftauchen und Auftreten der Dunklen aus dem Südosten. Denn nie zuvor steuerten Roma das ihnen nächstgelegene EG-Land, Germanien, in ähnlich großen Scharen an.

Keine andere Zuwanderergruppe provoziert zugleich so viel Widerwillen in der Bevölkerung, von offener Ablehnung bis zu blankem Haß, wie die „Tigan“, wie sie in Teilen Rumäniens heißen. Ausgerechnet dieses nonkonformistische Nomadenvolk, die wohl am schwersten integrierbare aller Zuwanderergruppen, stellt mittlerweile das größte Kontingent in der ohnehin angefeindeten Notgemeinschaft der zu Tausenden anreisenden Asylbewerber.

Insgesamt 256 000 Antragsteller kamen im vergangenen, 274 000 in diesem Jahr schon bis Ende August – 94 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit (siehe Schaubild Seite 33). Von den 40 071 Ankömmlingen im letzten Monat stammt die größte Gruppe, 14 500 Köpfe stark, aus Rumänien; die weitaus meisten von ihnen sind Roma; es folgen 8438 Ex-Jugoslawen, darunter neben vielen Kriegsoffizieren auch eine Reihe von Roma.

Der Weg von Osten her führt die Zuwanderer ausgerechnet durch jenen Teil

des Ziellandes, der, wie auch die Heimat auf dem Balkan, von Kommunisten in wirtschaftlichen Bankrott und politische Unmündigkeit getrieben worden war. So werden just die ärmeren Deutschen Zeugen, wie die ärmsten Habenichtse des Kontinents Neiße und Oder durchschwimmen oder überqueren, vielerorts zwischen Rostock und Dresden Kost, Logis und Bettelspenden begehren und, peniblen Deutschen ein Graus, auf sorgsam geschorenen Rasenflächen lagern.

Die verquere einheimische Zigeunerromantik vom lustigen fahrenden Volk, vom Operettenbaron und von schluchzender Fiedelmusik schmilzt schnell dahin, wenn sie in der Realität auf die andere Kultur trifft. Das teilweise noch archaisch anmutende Verhalten der Einwanderer kollidiert allerorten mit dem Normenkodex deutscher Normalbürger.

„Die haben hingemacht, wo sie gingen und standen“, empörten sich Einwohner der Rostocker Trabantensiedlung Lichtenhagen – wohl nichts hat die ausländerfeindlichen Krawalle der vorletzten Woche in der einst roten Ostseemetropole stärker aufgestacheln als die Besudelung deutschen Saubersinns und Ehrgefühls durch die öffentliche Fäkalpraxis der Fremdländischen.

Politikern aller Parteien schwant, daß sich angesichts des anhaltenden Zigeunerzugs die ohnehin hitzig geführte Asyldebatte nun zur Roma-Debatte auswächst. Christ- wie Sozialdemokra-

# „Früher war hier ein Blumenmeer“

Wie Augsburgs Altbauten mit Hilfe von Asylbewerbern entmietet werden

**M**itten in der heimeligen Augsburgs Innenstadt, im Bismarckviertel am Roten Tor, spielt sich seit Monaten ein Mieterdrama ab. Ein vierstöckiger Altbaukomplex mit 24 Wohnungen soll nach dem Willen seiner Besitzer offenbar systematisch entmietet werden – mit Hilfe hierzulande besonders unbeliebter Asylbewerber: Zigeuner.

In den Häusern Rote Torwallstraße 16 und Schülestraße 4 sind 160 Ausländer einquartiert, darunter rund 100 Sinti und Roma, vorwiegend Großfamilien aus der Tschechoslowakei. Daneben wohnen 35 einheimische Alt-

Ein rüstiges Rentnerehepaar beispielsweise, das wie viele Mieter schon seit Kriegsende am Roten Tor wohnt und da auch seinen Lebensabend verbringen wollte, hält es nun „nervlich nicht mehr aus“. Die beiden Senioren haben sich bei einem Altenheim angemeldet. „Wir haben“, sagt die 68jährige Frau, „wirklich alles versucht, um mit den Sinti auszukommen, aber das zermürbt.“

Raus will auch der Hausmeister, 62, der, wie er betont, gegenüber früher „das Vierfache an Arbeit“ habe: „Ich muß umeinander rennen wie ein Schäferhund. Kaum habe ich die Wiese ge-

von Egger und dessen Partner Rupert Sprang erworben wurden.

Eggers Vorhaben, die alten Mieter nach und nach „umzusetzen“ und die großen Altbauwohnungen in kleine Apartments aufzuteilen, scheiterte. Da bot er, im Oktober vergangenen Jahres, seine „aufällige Burg“ (Egger) als Quartier für Asylbewerber an. Die Stadt griff sofort zu.

Die zuständige Sozialreferentin Margarete Rohrhirsch-Schmid habe zwar, erinnert sich der Gerichtsvollzieher, versprochen, „nur handverlesene“ Asylbewerber zu schicken. Aber es kamen erst 40, dann 60 und immer mehr Sinti.

Die Altmietter sind offensichtlich überfordert. Gewohnt an ihre eher biedere Ordnung, können sie sich mit der völlig anderen Lebensweise ihrer neuen Nachbarn nicht anfreunden.

Nicht den Eigentümer Egger, sondern die einquartierten Gäste machen sie für ihren Frust verantwortlich: Die Fremden sind es plötzlich, die den Wohnfrieden bedrohen.

Alle Abneigungen und Vorurteile, mit denen kinderreiche Familien oft zu kämpfen haben, treffen nun die Ausländer. Die unbeaufsichtigten Kinder sind in den Augen vieler Mieter eine „absolut wilde Horde“ und der Keim für „Jugendbanden“.

Der wahre Kern des Problems: Zwei Kulturen mit völlig unterschiedlichen Umgangsformen und Traditionen prallen aufeinander.

„Die Sintikinder kommen aus allen Ecken und Enden angerannt“, beklagt eine Deutsche, Mutter eines kleinen Mädchens. Doch es ist gerade nicht Angriffslust, die das Treiben der kleinen Zuwanderer beflügelt, sondern Zuneigung: „Die sind wahnsinnig überschwänglich, heben meine kleine Lena hoch, busseln sie ab wie wild.“

Die Folgerung der angstvollen Mutter: Sie läßt Lena nicht mit den Zigeunerkindern spielen. „Das ist man nicht gewöhnt, das kann ja auch gefährlich werden.“ Die Sinti äußern Unverständnis: „Kinder spielen müssen.“

Sozialreferentin Rohrhirsch-Schmid hat mittlerweile erkannt, was da angeordnet worden ist. Es werde, schrieb sie den Mietern am Roten Tor, „zu keiner ähnlich gelagerten Entscheidung mehr kommen“.

„Leider können wir“, gestand die Referentin allerdings ein, „die aufgetretene Entmietetung des Hauses nicht mehr rückgängig machen.“



Umstrittenes Asylantenquartier: „Kinder spielen müssen“

mieter in den Häusern – noch, denn es werden bald weniger sein.

„Jede frei werdende Wohnung wird mit Asylanten belegt“, soll Hausbesitzer Wolfgang Egger, Alleingesellschafter der Augsburgs Immobilienfirma Patrizia GmbH, angekündigt haben. Hinzugefügt habe er, so versichern Zeugen: „Dann ziehen die anderen Mieter schon von alleine aus.“

Egger bestreitet diese Äußerung. Er will bis zuletzt nicht gewußt haben, „welche Asylanten“ er beherbergt und „welchen Ärger“ die verursachen. Es gebe, beruhigt er sich, „keine Probleme, die bei der Polizei aktenkundig“ seien. Doch was sich in den Multikulti-Mietshäusern abspielt, kommt ihm vermutlich zupaß.

säubert, liegt da wieder ein Scheißhaufen.“

„Früher war hier ein Blumenmeer vor dem Haus“, erinnert sich die Frau des Hausmeisters. Jetzt wachse da gar nichts mehr richtig, weil die Zigeunerkinder alles zertrampeln.

Abfall überall, demolierte Briefkästen, herausgerissene Türgriffe, Lärm und beißende Gerüche – das alles läßt auch einen 53jährigen Gerichtsvollzieher resignieren. Der streitbare Mann sucht sich jetzt eine neue Wohnung: „Man schämt sich ja, hier jemand einzuladen.“

Bislang hatte der Gerichtsvollzieher den Kampf der Mieter gegen die, wie er sagt, „Immobilienhaie“ und gegen die Stadt Augsburg angeführt. Der Ärger begann 1990, als die Häuser

ten haben das Thema schon aufgegriffen – obwohl sie riskieren, den politischen Konkurrenten rechtsaußen in die Hände zu spielen und militanten Neonazis neue Vorwände für blutige Attacken zu liefern.

Der nordrhein-westfälische CDU-Generalsekretär Herbert Reul mokierte sich vorige Woche öffentlich, wer die Vergiftung des öffentlichen Klimas durch Roma und Sinti nicht wahrhaben wolle, lebe offenbar „auf einem anderen Stern“. Schwerins christdemokratischer Ministerpräsident Berndt Seite, dessen Asylbeamte in Rostock gerade eklatant versagt hatten, wälzte alle Schuld auf andere ab: „Wenn Sie Sinti und Roma nach Bonn schicken würden, in bestimmte Viertel, zu bestimmten Leuten, dann wäre das Problem in ein paar Tagen gelöst.“

Seitens Justizminister Herbert Helmrich (CDU) verlangte barsch, die Grenzen besser abzuschotten. Denn „was uns“, richtete er den Blick nach Südosten, anderenfalls „überschwemmen wird, geht bis in die Türkei“. Wenn die



Asylpolitiker Helmrich, Seite: Vergiftetes Klima



Gruppe der Sinti und Roma „verfolgt sein sollte, hätte sie Anspruch auf Asyl. Ich habe da aber Zweifel“, so der Christdemokrat.

In Düsseldorf hieb der sozialdemokratische Sozialminister Hermann Heinemann auf die Zuwanderer vom Balkan: Der Aufruhr gegen die Asylbewerber sei „eindeutig durch das Fehlverhalten bestimmter Einwanderungsgruppen verursacht worden, die das Klima vergiften haben“. Man könne „nicht mehr länger darum herumreden“, so der Minister, „es handelt sich dabei um Roma und Sinti aus Rumänien und Jugoslawien“. Ein Kabinettskollege, Düsseldorfs Innenminister Herbert Schnoor, hielt dagegen und rügte Heinemanns Wortmeldung: „Schädlich.“

Rechtsradikale Gruppierungen pflegen seit langem schon den in der Bevölkerung schlummernden Antiziganismus – beispielsweise der Verleger Gerhard Frey, 59, Anführer der Deutschen Volksunion. In seinen

Blättern, etwa der *Deutschen National-Zeitung*, hält er die Leser über die „hygienischen Zustände“ in Asyllagern auf dem laufenden, läßt gegen „die Zigeuner-Mafia“ hetzen und spielt sich als Retter auf: „Stoppt die Zigeunerinvasion! Deutschland in großer Gefahr.“

Daß die Spekulation der Extremisten aufgehen könnte, Exkremente in Wählerstimmen zu verwandeln, weisen jüngste Umfragen aus. Infas ermittelte, daß die Bereitschaft, „eine Partei rechts von der CDU/CSU zu wählen“, von März bis August, während der Bonner Asyldebatte, dramatisch gestiegen ist: von 8 auf 12 Prozent im Osten, von 12 auf 19 Prozent im Westen, bei westdeutschen Arbeitslosen sogar auf 30 Prozent.

Die Verständnislosigkeit für die Masseneinwanderung von Roma, die sich bislang vor allem im Osten Deutschlands, aber mehr und mehr auch in den großen Städten des Westens bemerkbar macht, könnte den Trend nach rechts weiter verstärken. Denn wo immer die Roma auftauchen, machen sogleich, wie in Rostock, Erzählungen über Drogenhandel und Ladendiebstähle, über aggressives Betteln und unsittliche Berührungen die Runde.

Xenophobe Legenden, die sich seit den Zigeunerpogromen im Mittelalter gehalten haben, mischen sich da mit Beobachtungen aus dem Alltag. Ob Roma-Frauen, das Baby auf dem Arm, in Einkaufszonen betteln, ob Kindercliquen, wie im Hamburger Karolinenviertel, in Läden stibitzen oder Nachbarn tyrannisieren (SPIEGEL 42/1991) – Roma und Sinti erleben, mehr als alle anderen, Vorurteile und wecken Aggressionen.

Der deutsche Rasen, den Roma auch trotz Verbots zu betreten wagen, habe



**Roma-Unterkunft in Rumänien:** Nach dem Völkermord kein Gedanke an Wiedergutmachung?

als „Anstoßpunkt“ im Gefühlshaushalt der Einheimischen offenbar eine Schlüsselfunktion, analysiert Annette Köppinger, die Ausländerbeauftragte der Stadt Schwerin. Das Einheitsgrün zwischen den Plattenbauten der ostdeutschen Trabantenstädte erscheint ihr als eine Art symbolischer Arena für den Konflikt der zugereisten Grastreter „mit dem deutschen Ordnungssinn und der Auffassung, wie etwas bewohnt und genutzt werden muß“.

Im Osten komme hinzu, meint die Expertin, daß die Rasenflächen zu DDR-Zeiten quasi staatlich geschützt worden seien: In jedem Haus habe es einen Obmann gegeben, das Rasenmähen war straff organisiert, und Rentner wachten vom Balkon aus, daß nur ja kein Kind den Rasen betrat. Und nun das.

Als die Zigeuner kamen und in Rostock-Lichtenhagen „auf der Wiese regelrecht Claims abgesteckt, ihre Nischen mit Plastetüten abgedeckt und bisweilen ihre Frauen und Kinder gezüchtigt“ hätten, so beobachtete Jörg Rauhut vom Innenministerium Mecklenburg-Vorpommerns, sei den Leuten die Galle hochgekommen.

Rauhut schweigt über den Anteil seines Amtes am Unmut der Lichtenhagerer Bürger. Die dem Ministerium zugeordnete Zentrale Anlaufstelle (ZAST), die das Land mitten im Lichtenhagerer Wohngebiet eröffnet hatte, wurde wegen Überfüllung zeitweise einfach dichtgemacht. Nachrückende Roma, vertraut mit dem luftigen Leben, nahmen im Freien, unter den Balkons der Anwohner, Platz.

Der Fraktionssprecher der Mecklenburger SPD, Knut Degner, warf vorletztes Wochenende mehreren Politikern in Stadt und Land vor, gezielt die Volkswut provoziert zu haben: Mit deren Ausbruch hätten sie weitere Asylbewerber gezielt abschrecken wollen.

Der Rostocker Innensenator Peter Magdanz (SPD) habe, so Degner, in einem Gespräch sogar zugegeben, die Unterbringung von Asylbewerbern in Turnhallen statt in der wohnnahen ZAST sei bewußt unterlassen worden. Magdanz bestreitet die Vorwürfe, Degner ließ sich beurlauben.

Im Nachbarland Schleswig-Holstein ist die Regierung von Ministerpräsident Björn Engholm nur knapp einem ähnlichen Debakel wie in Rostock entgangen. Die Kieler hatten ihre längst überfüllte ZAST in Oelixedorf bei Itzehoe um 17 Uhr, auch freitags, schließen lassen. Abends und übers Wochenende ankommende Asylbewerber, meist Roma, lagerten lärmend vor dem Tor, plünderten Obstbäume in Vorgärten und hinterließen ihren Unrat – was sollen sie auch tun ohne Bleibe und Geld.

Mitte August – die ZAST war mit fast 500 statt geplanter 180 Zuzügler belegt – kündigten genervte Einwohner der 1800-Seelen-Orts die Bildung einer Bürgerwehr an. Sofort intervenierte der zuständige Polizeichef in Itzehoe, Wolfgang Pistol, 45. Der ehemalige Kapitän setzte umgehend verstärkt Polizeistreifen ein, pochte in Kiel auf Offenhaltung des ZAST-Tores und warnte, eine Bürgerwehr werde auswärtige Extremisten anlocken – mit Erfolg: Die Bürger rüsteten ab.

Nach den Rostocker Krawallen dankten die Einwohner Pistol letzte Woche auf einer Bürgerversammlung mit Beifall für die von ihm verfochtene „Deeskalation“ bei gleichzeitiger Polizeipräsenz. Sozialminister Günther Jansen (SPD), der bereits die Errichtung weiterer Aufnahmestellen verfolgt, setzte eine spezielle Arbeitsgruppe ein.

Die erfolgreiche Friedenspolitik in der holsteinischen Idylle kann indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich vielerorts die Konflikte um die Roma weiter aufheizen. Daß die Zigeuner wie die Juden dem Völkermord der Nazis zum Opfer fielen, mit schätzungsweise einer halben Million Toten, wird von Rechtsdemagogen, aber auch vielen Bürgern verdrängt – kein Gedanke an Wiedergutmachung.

Das begründete Mißtrauen gegenüber der Außenwelt veranlaßt die Sinti und Roma, nicht „über ihre Kultur zu sprechen“, erläutert die Ethnologin Katrin Reemtsma – „weil sie die Erfahrung gemacht haben, daß gerade diejenigen, die ihre Kultur kannten und wußten, wo das kulturelle Gefüge verletzbar war, die NS-Rasseforscher, sie in die Konzentrationslager gebracht haben“. Es ist immer wieder das gleiche Schicksal dieser „Streuminderheit“ der Außenseiter, so Frau Reemtsma, die „Kombination, als Minderheit diskriminiert, verfolgt, ohne Heimatland und in Flüchtlingssituation zu sein, das gibt es so bei keinem anderen Volk“.

In Augsburg bewirkten Einquartierungen der Unglücklichen sogar die Teil-Entmietung eines Häuserkomplexes (siehe Seite 32). Allerorten befinden

Kommunalexperten wie Hildesheims Oberstadtdirektor Wilhelm Buerstedde: „So kann es nicht mehr weitergehen.“

Die schiere Zahl der Neuankömmlinge, die „dauerhaft, unregelmäßig und unkalkulierbar“ einreisen, warnt Buerstedde, führe zur Überforderung der Gemeinden und zu einer Belastung des öffentlichen Klimas: „Das ist mit dem Schlagwort Fremdenhaß nicht zu fassen.“

Die Einwanderung der Roma ist den Bundes- und Landesbehörden außer Kontrolle geraten, weil das Gros der Zuzügler, offenbar meist von bezahlten Schleppern ins Land gelotst, nicht die Zentralstellen der Länder, sondern direkt die kommunalen Ämter ansteuert.

Die Gemeinden versuchen oft vergebens, die Roma wieder loszuwerden. In Niedersachsen, wo die meistgenutzte Schlepperroute am einstigen Grenzkontrollpunkt Helmstedt endet, sperrten sich die überlaufenden Asyl-Zentralstellen in Braunschweig und Oldenburg kurzerhand, den Städten die Direktbewerber abzunehmen.

Das von dem Grünen Jürgen Trittin geführte hannoversche Ministerium für Bundesangelegenheiten weigerte sich zunächst sogar, die nichtregistrierten Roma auf die jeweilige kommunale Zuweisungsquote an Asylbewerber anzu-

rechnen. Auch statistisch und erkenntnisdienlich werden sie nicht erfaßt, solange Trittins Dienststellen die Gemeinden im Stich lassen.

Statt dessen forderte der Minister in einem Erlaß, von der Unterbringung der Bewerber mittels „Container-, Lösungen“ Abstand zu nehmen“, und drohte den Kommunen beim Fehlen „menschwürdiger Unterbringung“ mit Entzug der Kostenerstattung. Der niedersächsische Städte- und Gemeindebund protestierte gegen Trittins Ansinnen: „Die Gemeinden sind am Ende.“

Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD), der auf die Stimmen seiner grünen Koalitionspartner angewiesen ist, mußte Trittin beibringen. Schröder wies das CDU-Argument zurück, die Asylbewerber mißbrauchten das Asylrecht. Schröder: „Seit wann ‚mißbraucht‘ Gesetze, wer sie zu seinem Vorteil ausnutzt?“

Der Sozialdemokrat weiß, daß seine Ansichten dem Wahlvolk nur schwer zu vermitteln sind. Genährt werden die Ressentiments in der Bevölkerung durch die Unangepaßtheit vieler Zigeunersippen – Resultat einer seit Jahrhunderten „rechtlich, sozial und wirtschaftlich ausweglosen Situation, die sie zum ständigen Wechsel des Aufenthaltsorts

treibt“, wie es in einer Erklärung von Roma-Initiativgruppen heißt.

Zu Überlebensstrategien von Roma zählen, seit der Vertreibung aus ihrer nordindischen Urheimat vor knapp 1000 Jahren, Mundraub und Bettelei – weil in der gleichfalls armen Umgebung auf andere Weise kaum etwas zu holen gewesen wäre. Viele Verhaltensformen lösen im neuen Umfeld Befremden aus. „Die Roma brechen ein Tabu, sie fassen beim Betteln an“, weiß Hartmut Heine vom Netzwerk Flüchtlingshilfe in Hannover, wo seit Wochen Bürger-Unmut schwelt.

Als die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* kürzlich über vermehrtes Betteln rumänischer Roma in der Stadt berichtete, schwemmte eine Briefflut Leserklagen über „Übergriffe von Roma-Kindern“, „unhaltbaren Umgang der Roma mit unseren alten und hilflosen Mitmenschen“ und über freche „Belästigung in der Öffentlichkeit“ ins Blatt.

Nur wenige nahmen die Einwanderer in Schutz – darunter Petra Serin, die selber Roma ist und ehrenamtlich in den Asylbewerber-Unterkünften arbeitet: „Die Kinder betteln nicht zudringlicher, als sie es von daheim gewohnt sind.“

In Leipzig klagten vor Wochen, wie der Ausländerbeauftragte Stojan Gutschkow berichtet, Geschäftsleute über „regelmäßige Beutezüge“ von Ro-



Roma auf einer Müllkippe in der Nähe der deutsch-polnischen Grenze bei Stettin: Überlebensstrategien von Vertriebenen

ma-Frauen, die angeblich „durch die Läden ziehen und etwas mitgehen lassen“. Auch Polizeichef Pistol mußte in Oelixdorf und Itzehoe „schlicht und leidenschaftslos feststellen, daß die Ladendiebstähle ein katastrophales Ausmaß angenommen hatten“. Zum Glück seien die „sozialen Rahmenbedingungen“ anders als in Rostock, sonst wäre der Bürgerzorn womöglich auch dort explodiert.

In der Spar-Filiale Güstrower Straße in Rostock-Lichtenhagen hatte die Diebstahlquote „das 10- bis 15fache von anderen Filialen“ betragen, bilanziert der Spar-Geschäftsführer für Mecklenburg-Vorpommern, der Bayer Georg Drandarevski. Urheber: „Die Roma und die Sinti“.

Besonderes Aufsehen hatte in Lichtenhagen das Gerücht erregt, Roma hätten immer wieder in Ladenecken ihre Notdurft verrichtet und so das Personal abgelenkt, um anderen das Stehlen zu erleichtern. Kaufmann Drandarevski korrigiert, ein einziger Roma habe mal im Laden uriniert, doch sei „aus einer Mücke ein Elefant gemacht worden“.

Laschen Umgang mit der Hygiene, der den meisten Mitteleuropäern erst im 19. Jahrhundert von Seuchenforschern und Medizinern ausgetrieben wurde, haben die Roma aus ihrem Wanderleben in der Walachei mitgebracht, wo sie an Wiesenhängen und Müllkippen leben (siehe Seite 37).

Nicht selten sind die deutschen Betreuer mitverantwortlich für das Hygieneverhalten, das die Roma zu Haßobjekten werden läßt. Im Neubau der ZAST in Karlsruhe gab es, so deren Leiter, „keine Probleme mehr“, nachdem den Roma erläutert worden war, wie ein WC benutzt wird.

Wie schwierig vielfach der Umgang mit fremden Völkern ist, erfuhren Malteser-Helfer in Xanten, wo sie für Roma in einer früheren Kaserne Pik-



Rumänien-Flüchtlinge beim Bundesgrenzschutz\*: „Konflikt mit deutscher Ordnung“

togramme für den Toilettengebrauch anbrachten. „Mit dem Ergebnis“, erzählt Geschäftsführer Elmar Ebels, „daß afrikanische Asylbewerber, die häufig aus der Oberschicht stammen, sich entsetzt über eine solche Behandlung bei uns beschwert haben.“

Betreuer wissen, daß der Lebensstil der eintreffenden Roma-Familien – entgegen deutschen Vorurteilen – höchst unterschiedlich ist. So ist der ostdeutsche Rot-Kreuz-Mitarbeiter Mirko Meinel, 26, „stolz auf das gute Verhältnis“ zu einigen Roma in einem Heim im Nordosten von Leipzig. Und Heimleiterin Kristine Wurl findet dort Roma-Betten ordentlich, „wie bei der Armee gefaltet“ vor.

Ostdeutsche Erfahrungen belegen auch, daß Konflikte mit Einheimischen

sich schlichten lassen. So entstanden in Cottbus, nur wenige Kilometer von Hoyerswerda entfernt, nach den dortigen Krawallen im letzten Jahr ein sogenannter Nationalitätenrat und ein „Runder Tisch gegen Gewalt“. Dort fand ein Streitgespräch vor einiger Zeit ein verblüffendes Ende: Deutsche Beschwerdeführer kamen mit rumänischen Kontrahenten ins Gespräch und luden sie zu sich nach Hause ein.

Den größten Erfolg mit Roma-Partnerschaften dürfte der Kölner Verein Rom e.V. erzielt haben, der nach dem Sammeln aller Zigeuner – Rom gleich Mensch – benannt ist. In Köln hatten Einwohner Mitte der achtziger Jahre gegen die geplante Abschiebung von Roma und Sinti nach Jugoslawien protestiert. Sie wurden daraufhin von der Stadt gebeten, sich mit um die Menschen zu kümmern.

Etwa 100 Partnerschaften zwischen Zigeunern und Deutschen, darunter Prominente wie die Gattin des Verlegers Alfred Neven DuMont, wurden gestiftet. Vereinsprecherin Ute Moschner: „Daraus wurde in vielen Fällen gute Freundschaft. Die Roma und Sinti sind heute mehr oder weniger integriert.“

\* In Zittau.

## BALLUNG AUF DEM BALKAN

Verteilung der Sinti und Roma in Europa. Die Zahlenangaben beruhen größtenteils auf Schätzungen.

